

DIE ZEIT: Sie sind Ideenhistoriker und politischer Theoretiker, denken aber über Geld nach. Warum überlassen Sie dieses Thema nicht einfach den Ökonomen?

Stefan Eich: Die ökonomische Sichtweise auf Geld ist eine naheliegende, durchaus wichtige – aber sie ist nicht die einzige. Geld ist immer auch eine politische Institution, und mich interessiert gerade die Wechselwirkung zwischen diesen beiden Dimensionen. Wenn etwa die Europäische Zentralbank gegenwärtig darüber nachdenkt, ob und wie schnell sie in diesem Jahr den Leitzins erhöhen will, entscheidet das nicht nur über Kurse auf Aktien- und Anleihenmärkten, sondern eben auch über die Verteilung von Einkommen und Vermögen – die Zentralbanker haben letztlich die Macht, Macht zu verteilen.

ZEIT: Inwiefern hat eine Geldordnung mit Macht zu tun?

Eich: Mit der Machtfrage stellen sich grundsätzliche Fragen zur Verfassung der Geldordnung: Wer hat das Recht, Geld zu schaffen? Kann eine politische Gemeinschaft diese Macht der Geldschöpfung gestalten, um sich selbst besser zu regieren? Welche Zukunftsvorstellungen, welche Ideen leiten sie dabei an? Diese Fragen nicht zu stellen heißt, den politischen Charakter einer zentralen Institution an der Schnittstelle zwischen Demokratie und Kapitalismus unsichtbar zu machen.

ZEIT: Offenbar kann das Finanzsystem selbst zur Waffe werden, wenn man an die aktuellen Russland-Sanktionen denkt.

Eich: Die Antwort auf die russische Invasion der Ukraine hat viele überrascht, weil die Sanktionen die russische Zentralbank erstmals selbst treffen. Dadurch ist Russland kaum noch in der Lage, seine ausländischen Währungsreserven zu mobilisieren, um zum Beispiel den Rubel zu stützen. Sogar staatliche Goldreserven sind nutzlos, wenn man keine Bank findet, die willens ist, den Verkauf abzuwickeln. Im globalen Finanzsystem hat die amerikanische Notenbank weitreichende Machtmittel, die tief in das gesamte Bankensystem, das letztendlich auf den Dollar angewiesen ist, hineinreichen. Rein ökonomische Vorstellungen vom Geld als neutralem Tauschmittel vernachlässigen diese Verflechtung des Finanzsystems mit Machtfragen.

ZEIT: Aber galt in der Ideengeschichte bisher nicht, dass das Geld der privaten Sphäre angehört und vom vermachteten Raum der Politik ferngehalten werden muss?

Eich: Unser Bild der Vergangenheit ist in dieser Hinsicht oft irreführend und einseitig. Das lässt sich schon am Stammvater der politischen Philosophie, an Aristoteles, zeigen. Einerseits äußern sich dessen Schriften ausgesprochen kritisch: Wer dem Geld um des Geldes wegen nachjagt, kann kein tugendhafter Bürger sein. Gleichzeitig aber ist für Aristoteles die damals noch recht junge Institution der Polis-Währung, in Analogie zu Sprache und Recht, ein Medium, mit dem die Bürger in ein Verhältnis der Gleichheit treten können. Die Stadt erschafft so einen Maßstab, durch den gesellschaftlicher Wert bemessen werden kann. Ein Medium der Gerechtigkeit also. Wer die Währung als bloßes Tausch- und Akkumulationsmittel behandelt, gefährdet die Eintracht der Polis.

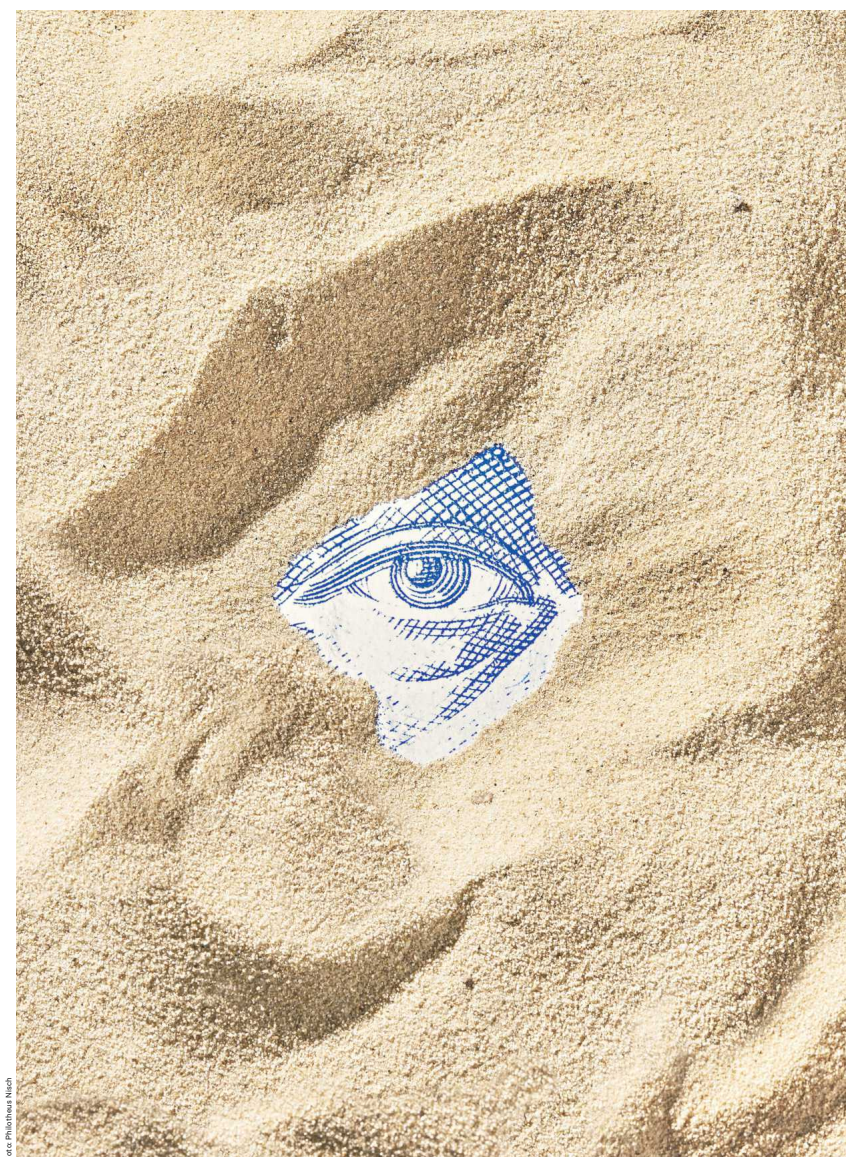
ZEIT: Nun schreibt Aristoteles aber noch im Kontext einer staatsstaatlichen, das heißt kleinräumigen Agrarwirtschaft. Die EZB muss aber über einen Währungsraum entscheiden, in dem über 340 Millionen Menschen leben, die gleichzeitig mit dem Rest der Welt Handel treiben und Güter im Wert von mehreren Billionen Euro verschiffen.

Eich: Absolut, aber wir finden in der Ideengeschichte eben auch Analogien für die Fragen unserer gegenwärtigen Situation. Ein Beispiel ist der Philosoph Johann Gottlieb Fichte. Er schreibt im Kontext einer Währungsfrage: Aufgrund von Kriegsbelastungen hob die britische Regierung im Februar 1797 die Goldbindung des Pfund Sterling auf – Papiernoten mussten nicht mehr in Münzgold umgetauscht werden. Für die Zeitgenossen war das ungeheuerlich: Plötzlich war Geld nicht mehr »an sich« etwas wert, sondern nur aufgrund des Versprechens der politischen Gemeinschaft, gegen Güter eingetauscht werden zu können. Für uns ist das heute Alltag. Im Gegensatz zu vielen seiner Zeitgenossen schreckte Fichte nicht vor diesen Möglichkeiten zurück. Er erkannte in solchem Fiatgeld vielmehr eine historische Chance, die Monarchien Europas in Republiken zu verwandeln.

ZEIT: Warum sollte ausgerechnet dieses Fiatgeld als Tauschmittel eine demokratische Fortentwicklung des Staates erlauben?

Eich: Dass die Währung nicht mehr an ein metallisches Äquivalent geknüpft sein muss, bietet für Fichte die Chance, einen ökonomischen Sozialvertrag zu denken. Fichtes Fiatgeld ist nicht mehr den Schwankungen des internationalen Goldmarkts ausgeliefert, sondern der Staat kann den Geldwert nun selbst stabilisieren – genau wie Zentralbanken das heute machen. Zudem hat der Fiatstaat finanzpolitisch mehr Handlungsspielraum. Das republikanische Ideal verlangt laut Fichte, dass die Bürger aufgrund gesicherter Erwerbsquellen selbstständig genug sind, ihre politische Macht auch effektiv auszuüben. Er bindet das Eigentumsrecht an ein allgemeines Recht auf Arbeit. Durch die Kontrolle über die Fiatwährung und die neuen Mittel des öffentlichen Kredits eröffnet sich dem Staat also die Möglichkeit, dieses Recht auf Arbeit direkt zu forcieren. Durch die Staatsverschuldung kann der Staat seine Zukunft aktiv gestalten. Er wird verzeihlich.

ZEIT: Wie steht es in einem solchen Staat um die Gefahr der Inflation? Beharren nicht liberale Vordenker deswegen schon immer darauf, dass die Hände des Staates eigentlich in die Fesseln eines



Wie Sand am Meer: Motiv mit Banknote

Warum ist Geld politisch?

Fragen nach Währungen und Werten sind gerade in Demokratien immer Machtfragen. Deshalb ist Geld keineswegs nur Stoff für Ökonomen, sagt der Ideenhistoriker Stefan Eich, sondern es ist ein Medium der Gerechtigkeit

»intrinsischen Wertes«, in Goldfesseln gelegt werden müssten?

Eich: Fichte erkennt die Kraft dieses Arguments durchaus an. Aber er besteht gleichzeitig darauf, dass es eben ein politisches Argument ist und keine ökonomische Notwendigkeit. Fichte argumentiert, dass die Goldfesseln den republikanischen Charakter des Staats unterlaufen und dass es stattdessen bessere verfassungsrechtliche Lösungen gibt, um Geldstabilität zu garantieren. Aber es stimmt natürlich, dass geschichtlich andere, protoliberalere Befürchtungen den Ton vorgeben.

ZEIT: Zum Beispiel?

Eich: Ein Beispiel der frühen Neuzeit ist John Locke. Heute ist er vor allem bekannt für seine Forderung nach Gewaltenteilung. Doch seine Zeitgenossen und die beiden Jahrhunderte danach kannten ihn wohl am ehesten als Vertreter des »harten Geldes«. Im ausgehenden 17. Jahrhundert, im turbulenten Jahrzehnt nach der Glorious Revolution, herrschte chronische Geldnot in England. Eine illegale Praxis namens »Clipping« nahm überhand: Viele feilten heimlich die Ränder der Silbermünzen ab, um den so gewonnenen Materialwert zu verkaufen und die abgefeilte Münze zum alten Nennwert wieder in Umlauf zu bringen.

Staaten, Banken und Gedanken

Der Autor
Stefan Eich, 38, ist ein deutscher Historiker des politischen Denkens, der sich besonders für die politische Theorie des Geldes interessiert. Er forscht und lehrt an der Georgetown University in Washington, D. C.

Die Geschichte
Das neue Buch von Stefan Eich heißt »The Currency of Politics« (Die Währung der Politik) und wird Ende Mai bei Princeton University Press herauskommen

Die nächste Seite **Sinn & Verstand** erscheint am 9. Juni

Dem zirkulierenden Geld entsprach also immer weniger Metall. Die Regierung wollte 1695 zu nächst wie üblich reagieren, indem sie alle Münzen einsammelt und mit geringerem Metallwert wieder ausgibt.

ZEIT: Eine heimliche Inflationssteuer also.
Eich: Ja, und Locke widerspricht dem Vorgehen vehement: Wenn der Staat so handelt, wird er selbst zu einem »Clipper« und verletzt das politische Vertrauen, das in ihn gesetzt ist – gerade in einer postrevolutionären, also labilen Situation. Locke schlägt dagegen vor, das Geld mit seinem vollen Silberwert wieder auszugeben, auch um den Preis einer Vergrößerung der Geldnot – und setzt sich schließlich durch.

ZEIT: Das heißt, Liberale wie Locke sorgen sich gar nicht um den »intrinsischen Wert« des Geldes, sondern eigentlich um die Vertrauenswürdigkeit der Institution Staat?

Eich: Das Beharren auf »intrinsischem Wert« ist ein politisches Argument. Das »in sich« stabile Geld ist eine bloße Fiktion, die Locke eingesetzt sehen will, um das Vertrauen der Bürger zu gewinnen, die aber paradoxerweise genau dann, wenn sie erfolgreich ist, den politischen Charakter des Geldes verdeckt. Und auch verdecken soll: Denn

nur eine Währung, die den meisten als unpolitisch erscheint, ist dagegen gefeiert, für andere Zwecke, etwa auch den der ökonomischen Gleichheit, eingesetzt zu werden. Die politische Depolitisation, die man beispielhaft an Locke beobachten kann, ist kein zufälliger Selbstwiderspruch. Diese protoliberalere Spielart der Geldtheorie ist nur auf diesem Weg erfolgreich.

ZEIT: Heute gilt in der breiteren Öffentlichkeit, aber auch im gebildeten Bürgertum die Geldpolitik vielen wieder als hauptsächlich technisch-ökonomische Frage – und nicht als Mittel der Demokratie.

Eich: Das ist selbst ein Effekt des politischen Geldregimes, in dem wir seit den 1980er-Jahren leben und das erst seit der globalen Finanzkrise Risse bekommen hat. Bereits 1971 wurde die Goldbindung des US-Dollar aufgehoben. Die Siebzigerjahre sind dann geprägt von einerseits hohen Inflationsraten und andererseits, damit eng verbunden, einer lebhaften Debatte darüber, ob das neue Fiatssystem in eine demokratischere Struktur überführt werden kann oder gar im Gegenteil, um die Preissteigerung zu bremsen, den Händen des Staats vollkommen entrissen werden muss. Die überraschende Lösung, die sich in den Achtzigerjahren herauskristallisierte, sieht anders aus: Unabhängige Zentralbanken treten als politische Hüter eines unpolitischen Geldes hervor, als Institutionen, die die Zinssätze auch dann nach oben treiben, wenn enorme Arbeitslosigkeit zu erwarten ist.

ZEIT: Zentralbanken machen also Politik, indem sie ihren politischen Charakter verstecken?

Eich: Dieses Währungsregime braucht die Vorstellung geradezu, dass es sich bei Geldpolitik gar nicht um politische Entscheidungen handle. Fatalerweise war diese Politik so erfolgreich, dass die Öffentlichkeit sie übernommen hat – selbst Sozialwissenschaftler und Intellektuelle wie zum Beispiel Jürgen Habermas sind ihr teilweise erlegen und haben die politischen Möglichkeiten der Geldfrage seitdem aus ihren Theorien ausgeschlossen. Auch deswegen fehlt uns das Vokabular, eine alternative politische Theorie des Geldes zu formulieren.

ZEIT: Selbst 14 Jahre nach der Weltfinanzkrise noch?

Eich: Die Risse sind heute größer denn je: Wir kennen die Gefahr unregulierter Finanzmärkte, sehen Rufe nach stärkerer Fiskalpolitik, Zentralbanken sorgen sich um Häuserpreise und Klimawandel-Effekte. Aber je mehr ihr politischer Gestaltungsspielraum offensichtlich wird, desto stärker beschwören Zentralbanker ihren unpolitischen Charakter. Im digitalen Raum sehen wir unterdessen einen politischen Kampf um die Zukunft des Geldes zwischen privaten Kryptowährungen und digitalen Zentralbankwährungen. Kurz: Wir leben in einem monetären Interregnum.

ZEIT: Was vermag in dieser kämpferischen Zwischenzeit noch ein Buch, wie Sie es nun geschrieben haben?

Eich: Ich hoffe, ich kann einen Beitrag dazu leisten, dass wir diese Debatten mit größerer Klarheit, schärferen Begriffen und mehr Selbstvertrauen führen können. Wir brauchen bessere demokratische Debatten zu den grundlegenden Fragen der Geldpolitik. Wie weit wollen wir etwa das Mandat der EZB auslegen, um aktiv die Probleme unserer Gesellschaften zu lösen? Welche Geldverfassung wäre in der Lage, Vermögensungleichheiten nicht derart explodieren zu lassen? Wie können wir verhindern, dass wir indirekte CO₂-Emissionen finanzieren, die unseren Selbstverhalt gefährden?

ZEIT: Könnte eine Demokratisierung der Geldpolitik diese Probleme lösen?

Eich: Es ist ja durchaus im Sinne der Gewaltenteilung, Zentralbanken von der Exekutive zu trennen. Das Problem ist, dass Zentralbanken zurzeit zwar vom demokratischen Prozess unabhängig, gleichzeitig aber eng mit den Interessen des Bankensystems veroben sind. Das birgt langfristig das Risiko, dass Geldpolitik zunehmend das Gemeinwohl aus den Augen verliert. Warum sind steigende Immobilienpreise zum Beispiel mit Preisstabilität vereinbar, wohingegen höhere Löhne von Zentralbanken unterbunden werden? Aber die noch gravierendere Folge des demokratischen Defizits der Geldpolitik hat mit unseren Demokratien selber zu tun: Unser gesellschaftlicher Handlungsspielraum liegt zunehmend in den Händen von Technokraten, die wir nicht abwählen können. Die Macht der Zentralbanker offenbart unsere eigene demokratische Ohnmacht. Dieser Widerspruch höhlt letztendlich Demokratien von innen aus.

ZEIT: Die Nachfolgerin von Christine Lagarde sollte also am besten demokratisch gewählt werden?

Eich: Warum nicht? Allerdings liegt das wahre Problem tiefer. Lagarde macht aus meiner Sicht vieles richtig, aber das Mandat der EZB spiegelt die veraltete Vorstellung des unpolitischen Geldes aus den Neunzigerjahren wider. Auch eine direkte Wahl würde das nicht ändern. Wichtiger wäre es, das Mandat der EZB zu überdenken und das Europäische Parlament zur Überwachung des Mandats zu ermächtigen. Im Gegensatz zur EZB ist die amerikanische Notenbank zum Beispiel explizit dazu verpflichtet, sowohl Preisstabilität als auch Vollbeschäftigung als Ziel zu verfolgen. Das fehlt in Europa. Gleichzeitig besteht die Herausforderung darin, die Demokratie selber ins 21. Jahrhundert zu überführen. Zentralbanken können das eine spannende Rolle spielen. Statt Demokratie als Problem für gute Geldpolitik zu betrachten, sollten wir versuchen, Zentralbanken als Labore der Demokratie neu zu gestalten.

Das Gespräch führte
Oliver Weber